

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Andreas Wagner

Mitglied Gruppe CDU/WBV

Ratsvorsitzender Stefan Becker

Ratsmitglied Katja Breuer

Ratsmitglied Martin Ehlers

Bürgermeisterin Ursula Glaser

Ratsmitglied Martin Harms

Ratsmitglied Uwe Heinemann

Beigeordneter Stephan Hellwig

Ratsmitglied Michael Kunze

Ratsmitglied Hans-Jürgen Lietzmann

Ratsmitglied Helmut Möhle

Ratsmitglied Astrid Zaage

Mitglied SPD-Fraktion

Ratsmitglied Nurhayat Bakir

Beigeordneter Howard Jacques

Ratsmitglied Gesche Marxfeld

Beigeordneter Jörg Mückenwarf

Bürgermeister Uwe Reese

Ratsmitglied Detlef Schön

Ratsmitglied Sebastian Seidel

Ratsmitglied Kristian Stoermer

Mitglied Gruppe GrünUnabhängigSozial

Ratsmitglied Georg Berner-Waindok

Ratsmitglied Antje Johanna Kloster

Ratsmitglied Petra Stomberg

Ratsmitglied Andreas Tönjes

Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis

Ratsmitglied Horst Dieter Walzner

Ratsmitglied Helga Weinstock

Mitglied FDP-Fraktion

Ratsmitglied Christian Ressel

Ratsmitglied Dr. Günther Schulte

Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

Mitglied AfD-Fraktion

Ratsmitglied Mirco Danner

Ratsmitglied Prof. Dr.-Ing. Lothar Preuß

Mitglied AfDW-Fraktion

Ratsmitglied Thorsten Moriß

Ratsmitglied Irina Moriß-Kappes

Mitglied Freie Wähler

Ratsmitglied Andreas Lang

Dezernenten

Stadtrat Oliver Leinert

Erster Stadtrat Armin Schönfelder

von der Verwaltung

Gleichstellungsbeauftragte Ellen Seehausen (zu TOP 7.1)

Gleichstellungsbeauftragte Cordula Franke (zu TOP 6 und 7.2)

Fachbereichsleiterin Kommunikation & Koordination Julia Muth

Fachbereich Kommunikation & Koordination Eugen Folkers

Fachbereich Rechnungsprüfungsamt Heike Jacobs

Stellv. Fachbereichsleiter Finanzen Torben Müller

Protokollführerin

Fachbereich Kommunikation & Koordination Insa Rogel

Es fehlte entschuldigt

Ratsmitglied Al-Chafia Hammadi

Ratsmitglied Christina Heide

Beigeordneter Michael von den Berg

Ratsmitglied Florian Wiese

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3

Einwohnerfragestunde ab Seite 14

B. Nichtöffentlicher Teil ab Seite 16

A. Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

6	Vorstellung der Kandidatinnen für die Berufung zur Gleichstellungsbeauftragten	
7.1	Abberufung der Gleichstellungsbeauftragten	366/2018
7.2	Berufung der Gleichstellungsbeauftragten	333/2018
7.3	40. Hauptversammlung Deutscher Städtetag 2019 in Dortmund - Benennung von Abgeordneten und Gästen	350/2018
8.1.1	Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat	345/2018
8.2.1	Bebauungsplan Nr. 181, 1. Änderung - Maadetal Mitte - (mit Örtlicher Bauvorschrift) Aufstellungsbeschluss	360/2018
8.2.2	Umsetzung Radverkehrskonzept Route 112 Stadtpark - Innenstadt	347/2018
8.2.3	Kongruenzraum der Stadt Wilhelmshaven Beschluss "Einzugsbereich Wilhelmshaven - Marktgebiet des Oberzentrums"	343/2018
8.3.1	Antrag Gruppe GUS: Prüfauftrag Ankauf Elisenlust	522/2018
8.3.2	Jahresabschluss des Eigenbetriebes Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven (GGs) 2017 sowie die Entlastung der Betriebsleitung	291/2018
8.4	Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz (Ratsfrau Kloster)	
8.4.1	Teilnahme der Stadt Wilhelmshaven am Prozess zur Erarbeitung eines Biosphärenreservates „Niedersächsisches Wattenmeer“	358/2018
8.5.1	Interessenbekundung Jade Stadion	357/2018
8.6.1	Ausbau Kindertagespflege	296/2018
8.7.1	Antrag Gruppe CDU/WBV auf Fortführung der Förderschule im "Lernschwerpunkt Lernen" bis zum Ende des Schuljahres 2027/2028	552/2018
9	Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten	
10	Einwohnerfragestunde	

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Becker eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Anschließend bat **Herr Becker** um eine Schweigeminute zu Ehren der am 03.12.2018 verstorbenen ehemaligen Ratsfrau Astrid Mohr.

2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Weinstock informierte, der Antrag der Gruppe GUS zu **Tagesordnungspunkt 8.3.1** werde wegen weiteren Beratungsbedarfs **zurückgezogen**.

Herr Prof. Preuß bat, den **Tagesordnungspunkt 8.4.1** aufgrund der geäußerten Zweifel, offenen Fragen und des großen Diskussionsbedarfs von der Tagesordnung zu nehmen und erst in der nächsten Ratssitzung zu behandeln.

Herr Becker wendete ein, hier gehe noch nicht um einen Beitritt, sondern lediglich die Teilnahme der Stadt an Gesprächen zur Informationsgewinnung.

Der Antrag von Herrn Prof. Preuß wurde bei 3 Ja-Stimmen **mehrheitlich abgelehnt**.

Oberbürgermeister Wagner machte darauf aufmerksam, dass die Tagesordnung im **nichtöffentlichen Teil** um den Punkt „Entbindung von der Schweigepflicht“ ergänzt werden müsse.

Die Tagesordnung wurde daraufhin in der geänderten Form festgestellt.

3 Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 24.10.2018

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 24.10.2018 wird genehmigt.

4 Aktuelle Stunde

Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde lagen nicht vor.

5 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Es lagen keine Berichte vor.

6 Vorstellung der Kandidatinnen für die Berufung zur Gleichstellungsbeauftragten

Nachdem **Herr Schönfelder** ins Thema eingeführt und den Hintergrund erläutert hatte, stellte sich **Frau Franke** kurz vor.

7 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat
(Beigeordneter Hellwig)

7.1 Abberufung der Gleichstellungsbeauftragten

366/2018

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 17.12.2018 vor.

Oberbürgermeister Wagner dankte der bisherigen Amtsinhaberin Frau Seehausen im Namen von Rat und Verwaltung für die geleistete Arbeit und überreichte anschließend ein Blumenpräsent.

Frau Seehausen dankte ihrerseits für die Zusammenarbeit und wünschte ihrer Nachfolgerin alles Gute.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Frau Ellen Seehausen wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt als Gleichstellungsbeauftragte abberufen.

7.2 Berufung der Gleichstellungsbeauftragten**333/2018**

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 17.12.2018 vor.

Herr Heinemann erklärte, Frau Franke habe sich im Ausschuss überzeugend präsentieren können. Daher empfehle er, ihrer Berufung zuzustimmen.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt- (bei 1 Enthaltung)

Frau Cordula Franke, geb. 26.06.1966, wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt zur Gleichstellungsbeauftragten berufen.

Nach der Berufung von **Frau Franke** zur Gleichstellungsbeauftragten gratulierte ihr **Oberbürgermeister Wagner** mit der Überreichung eines Blumenpräsenes.

7.3 40. Hauptversammlung Deutscher Städtetag 2019 in Dortmund - Benennung von Abgeordneten und Gästen**350/2018**

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 17.12.2018 vor.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 1 Gegenstimme)

Frau Bürgermeisterin Glaser und Herr Bürgermeister Reese nehmen als Delegierte der Stadt Wilhelmshaven an der 40. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 4. bis 6. Juni 2019 in Dortmund teil.

Daneben können Ratsmitglieder auf eigene Kosten als Gastdelegierte an der Hauptversammlung teilnehmen.

8 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat8.1 Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft (Ratsfrau Breuer)8.1.1 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat**345/2018**

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 17.12.2018 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt die Annahme der folgenden Zuwendung(en):

Zuwender/in	Betrag	Empfänger, Verwendungszweck
1. Rotary Club Wilhelmshaven	2.250,72 €	Geldspende an die GS Rheinstraße für das Schülerprojekt „Watt´n Mee(h)r“
2. Werner-Brune-Stiftung Parkstr. 8 26382 Wilhelmshaven	15.500,00 €	Geldspende für den Altenhilfe-Besuchsdienst der Stadt Wilhelmshaven

3. Arvato Direct Services Wilhelmshaven GmbH Frau Pöppen, Olympiastr. 1, 26419 Schortens	3.000,00 €	Geldspende an die Oberschule Stadtmitte zur Einrichtung einer Schulbücherei
---	------------	--

8.2 Ausschuss für Planen und Bauen (Ratsherr Schön)

8.2.1 Bebauungsplan Nr. 181, 1. Änderung - Maadetal Mitte – (mit Örtlicher Bauvorschrift), Aufstellungsbeschluss

360/2018

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 11.12.2018 vor.

Herr Dr. von Teichman zeigte sich erfreut, dass der Vorgang der illegalen Landnahme damit geheilt werde.

Herr Hellwig zeigte die Vorteile dieses Schrittes auf: Daraus würden Einnahmen generiert, die Bewirtschaftung der Fläche liege nunmehr in privaten Händen und nicht mehr im Verantwortungsbereich der Stadt. Gleiches sei bereits mit Flächen im Maadebogen erfolgreich umgesetzt worden.

Herr Tönjes erklärte, er werde sich aufgrund bestehender Bedenken der Stimme enthalten. Gleichzeitig bat er um Auskunft, ob hier nachträglich Pacht für die Flächen erhoben werde.

Herr Leinert informierte, dies sei hier nicht vorgesehen und auch im Maadebogen nicht erfolgt.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 4 Gegenstimmen und 1 Enthaltung)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 181, 1. Änderung -MAADETAL MITTE- (mit Örtlicher Bauvorschrift) im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung und mit Verzicht auf die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden gem. §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

8.2.2 Umsetzung Radverkehrskonzept Route 112 Stadtpark - Innenstadt

347/2018

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 11.12.2018 vor.

Das Thema wurde kurz zwischen **Herrn Ressel, Herrn Hellwig, Frau Breuer, Herrn Jacques, Herrn Walpurgis, Herrn Dr. von Teichman** und **Herrn Prof. Preuß** diskutiert.

Die Herren Ressel und Prof. Preuß zeigten sich skeptisch, da keine positiven Effekte erkennbar seien und vielmehr Verkehrsprobleme zu befürchten stünden. Die übrigen Sprecher sprachen sich einhellig für die vorgelegte Lösung aus.

Damit würde dem Problem entgegengewirkt, dass der Neuengrodener Weg als Abkürzung von Pkw-Fahrern genutzt und zu schnell befahren werde. Besonders vor dem Hintergrund der zukünftigen Entwicklung des motorisierten Individualverkehrs sei der Ausbau von Radverkehr und öffentlichem Nahverkehr nur zu begrüßen.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 6 Gegenstimmen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven nimmt die weitere Umsetzung des Radverkehrskonzeptes zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Route 112 Stadtpark-Innenstadt. Im Zuge der Route 112 wird der Neuengrodener Weg von Lönsweg bis Friedenstraße als Fahrradstraße umgestaltet.

8.2.3 Kongruenzraum der Stadt Wilhelmshaven **343/2018**
Beschluss "Einzugsbereich Wilhelmshaven –
Marktgebiet des Oberzentrums"

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 11.12.2018 vor.

Herr Dr. von Teichman hielt den Beschluss, zu dem er die Stadt gezwungen sehe, für unnötige Bürokratie, der in die Marktwirtschaft eingreife.

Herr Hellwig hielt dem entgegen, dass die Stadt dazu nicht gezwungen sei und es sich hier um einen vernünftigen Ansatz handle, der durchaus Sinn ergebe. Er bat, guten Dingen doch ihren Lauf zu lassen.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-
(bei 7 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des Landesraumordnungsprogramms (LROP) vom 17.02.2017 das zum oberzentralen Kongruenzraum gehörende Marktgebiet (siehe Anlage).

Über die eingegangenen Stellungnahmen wird gem. Vorlage (Ergänzungsblatt 01-04) beschlossen. Sie ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift

8.3 Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude (Ratsherr Möhle)

8.3.1 Antrag Gruppe GUS: Prüfauftrag Ankauf Elisenlust **522/2018**

Zurückgezogen!

8.3.2 Jahresabschluss des Eigenbetriebes Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven (GGS) 2017 sowie die Entlastung der Betriebsleitung **291/2018**

Herr Möhle trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Grundstücke und Gebäude vom 13.12.2018 vor.

Herr Dr. von Teichman mahnte die zu dünne Personaldecke in diesem Bereich an, die es zu beseitigen gelte. Nur dann sei es auch möglich, die nötigen Berichte zeitnah vorzulegen. Abschließend dankte er dem Rechnungsprüfungsamt, dass die im Vorfeld bestehenden Unstimmigkeiten haben ausgeräumt werden können.

Auf Bitten von **Herrn Hellwig** erläuterte **Herr Leinert** das Zustandekommen der Differenz von Planung zum außerordentlichen Ergebnis. Zusammenfassend stellte er fest, dass es sich um bilanzielle Vorgänge handelte, die jedoch nicht eine Ergebnisbeeinflussung zum Ziel gehabt hätten.

Herr Hellwig zeigte sich erfreut über die hier ermöglichten Zuführungen zum städtischen Haushalt und signalisierte die Zustimmung der Gruppe CDU/WBV.

Abschließend gab **Herr Schönfelder** einige Erläuterungen zur Personallage. Es werde an einem Personalentwicklungskonzept gearbeitet und man sei zuversichtlich, dass Nachbesetzungen künftig zügig erfolgen können.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

1. Der Jahresabschluss des Eigenbetriebes Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven zum 31.12.2017 wird gemäß Abschlussprüfung vom Rechnungsprüfungsamt der Stadt Wilhelmshaven mit einem Jahresergebnis von 2.552.438,37 € festgestellt. In diesem Zusammenhang wird ebenfalls der Rechenschaftsbericht festgestellt.

Das Jahresergebnis des Wirtschaftsjahres 2017 ist wie folgt zu verwenden:

1.183.671,11 € Eigenkapitalverzinsung werden an den Haushalt der Stadt Wilhelmshaven abgeführt.

Der Betrag von **1.368.767,26 €** wird im Rahmen der Gewinnabführung an den Kernhaushalt abgeführt.

2. Gemäß § 33 der Niedersächsischen Eigenbetriebsverordnung (EigBetrVO) wird der Betriebsleitung Entlastung erteilt.

8.4 Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz
(Ratsfrau Kloster)

8.4.1 Teilnahme der Stadt Wilhelmshaven am Prozess zur Erarbeitung eines Biosphärenreservates „Niedersächsisches Wattenmeer“ **358/2018**

Frau Kloster trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz vom 12.12.2018 vor.

Herr Dr. von Teichman brachte den folgenden **Änderungsantrag** ein:

„Der Rat möge beschließen:

Es werden folgende Ergänzungen in die Beschlussvorlage eingefügt:

- 1. Die Verwaltung benennt in Kürze die seitens der Stadt entsandten Mitglieder der Verhandlungskommission mit der Nationalparkverwaltung (im Umweltausschuss).*
- 2. Die Verwaltung benennt so bald wie möglich die in die Verhandlungen einzubeziehenden Verbände, Organisationen und Interessenvertreter (z.B. Wirtschaft, Handel, Hotellerie, Hafenwirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft). Dies kann ebenfalls im Umweltausschuss geschehen.*
- 3. Es wird vor Beginn der Verhandlungen mit der Nationalparkverwaltung eine öffentliche Informationsveranstaltung durchgeführt, z.B. in der VHS. Eine weitere folgt am Ende der Verhandlungen.*
- 4. Der Umweltausschuss wird laufend (regelmäßiger Tagesordnungspunkt im öffentlichen Teil) über den Fortgang der Verhandlungen informiert.“*

Diesen begründete er mit der heftigen öffentlichen Diskussion zu diesem Thema. Die vorgebrachten Bedenken müssten ernst genommen werden. Im Übrigen halte er die Vorlage für äußerst dürftig angesichts der Bedeutung des Projektes.

Herr Prof. Preuß bemerkte, dass nach seinen Beobachtungen die Bevölkerung, aber auch die Industrie und der Ortsrat dieses Projekt ablehnten. Seine Fraktion wolle dem durch den Einstieg in Gespräche keinen Vorschub leisten. Er halte es für besser, wenn der Rat in seiner nächsten Sitzung die Argumente pro und contra vorgestellt bekäme.

Auch **Herr Moriß** äußerte Bedenken. Seine Fraktion lehne das Vorhaben ab mit dem Hinweis, die Interessen von Wirtschaft und Industrie stärker zu beachten.

Die **Herren Hellwig, Jacques, Tönjes, Ehlers, Dr. Schulte, Seidel** und **Harms** signalisierten übereinstimmend ihre Zustimmung sowohl zum Änderungsantrag als auch zum Beschlussvorschlag. Hier handele es sich zunächst um die Freigabe zur Aufnahme von Gesprächen, über deren Ergebnisse der Rat erneut abstimmen könne. Diese Gespräche bildeten nicht nur die Voraussetzung für ein gutes Einvernehmen aller Beteiligten, sie stellten auch die Wahrnehmung der Interessen der Stadt sicher. Nur durch den Austausch sei überhaupt eine Meinungsbildung möglich.

Durch den Änderungsantrag werde der Vorgang zudem auch für die Bevölkerung verständlicher.

Dem **Änderungsantrag** wurde anschließend bei 4 Gegenstimmen **mehrheitlich zugestimmt**.

Beschluss: -inklusive Änderung mehrheitlich angenommen-
(bei 4 Nein-Stimmen)

Die Verwaltung wird beauftragt, Kooperationsgespräche mit der Nationalpark- und Biosphärenreservatsverwaltung Niedersächsisches Wattenmeer mit dem Ziel zu führen, die Stadt Wilhelmshaven als Biosphärenreservatsgemeinde als Teil des Nationalparks „Niedersächsisches Wattenmeer“ aufzunehmen. Das Ergebnis ist dem Rat zur abschließenden Abstimmung erneut vorzulegen.

Ergänzung aufgrund Änderungsantrag FDP-Fraktion im Rat 19.12.2018:

1. Die Verwaltung benennt in Kürze die seitens der Stadt entsandten Mitglieder der Verhandlungskommission mit der Nationalparkverwaltung (im Umweltausschuss).
2. Die Verwaltung benennt so bald wie möglich die in die Verhandlungen einzubeziehenden Verbände, Organisationen und Interessenvertreter (z.B. Wirtschaft, Handel, Hotellerie, Hafenwirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft). Dies kann ebenfalls im Umweltausschuss geschehen.
3. Es wird vor Beginn der Verhandlungen mit der Nationalparkverwaltung eine öffentliche Informationsveranstaltung durchgeführt, z.B. in der VHS. Eine weitere folgt am Ende der Verhandlungen.
4. Der Umweltausschuss wird laufend (regelmäßiger Tagesordnungspunkt im öffentlichen Teil) über den Fortgang der Verhandlungen informiert.

8.5 Ausschuss für Sport (Ratsherr Möhle)

8.5.1 Interessenbekundung Jade Stadion

357/2018

Herr Möhle trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Sport vom 13.12.2018 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-
(bei 2 Enthaltungen)

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Interessenbekundungsverfahren für die sportliche Nutzung des Jade Stadions ab Sommer 2019 durchzuführen.

8.6 Jugendhilfeausschuss (Ratsherr Dr. Schulte)

8.6.1 Ausbau Kindertagespflege

296/2018

Herr Dr. Schulte trug den Beschlussvorschlag des Jugendhilfeausschusses vom 05.12.2018 vor.

Herr Schönfelder informierte, dass zunächst Stellen für die beiden Standorte der Großtagespflege ausgeschrieben würden und der Betrieb erst einmal auf drei Jahre befristet sei. Die Ausbildung der Fachkräfte sei jedoch nicht Gegenstand

der Ausschreibung. Zur Gewinnung dieser Kräfte werde offen ausgeschrieben, so dass sich auch Träger bewerben können, die nicht über die Arbeitsagentur/das Jobcenter ausbildeten, sondern möglicherweise eigene Fachkräfte vorhielten.

Herr Jaques erklärte, seine Fraktion werde trotz Bedenken zustimmen. Die Kinder hätten einen Anspruch auf einen Betreuungsplatz, doch leider stünden Kita-Plätze nicht in ausreichender Zahl zur Verfügung. Die hier vorgelegte Lösung sei weder aus sozialen noch aus pädagogischen Gründen ideal. Die Fortbildung von Tagespflegepersonen sei zwar löblich, aber keine anerkannte Berufsausbildung. Damit werde keine pädagogisch hochqualifizierte Betreuung gewährleistet, wie es durch ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher möglich wäre. Zudem dürfe auch der soziale Aspekt nicht unerwähnt bleiben: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der Großtagespflege könnten nach Ablauf ihrer Arbeitsverträge keine Beschäftigung in einer Kita aufnehmen, da dort per Gesetz eine qualifizierte Berufsausbildung gefordert werde. Die Gefahr, wieder in die Arbeitslosigkeit zurück zu fallen sei somit voraussehbar.

Frau Stomberg zeigte sich erfreut, dass die SPD dennoch zustimmen werde. Hier handele es sich zwar nicht um die beste Lösung, stelle jedoch die einzige Möglichkeit für die Stadt dar, um Betreuungsplätze in entsprechender Zahl vorzuhalten und Arbeitslose in Arbeit zu bringen. Als Alternative stünden arbeitslose Eltern und Tagesmütter, sowie möglicherweise Prozesse gegen die Stadt zu befürchten, weil diese dem Recht auf Betreuung nicht nachkomme. Vor dem Hintergrund handele es sich um eine längerfristige Interimslösung.

Herr Tönjes stimmte der Vorlage zu. Seiner Meinung nach handele es sich nicht um eine Notlösung, sondern um die beste Alternative unter den gegebenen Umständen.

Auch **Herr Hellwig** signalisierte die Zustimmung seiner Fraktion: Da es sich hier um einen Rechtsanspruch handele, habe die Stadt keine andere Wahl, als diese Vorgabe entsprechend umzusetzen. Mit dem vorgelegten Vorschlag werde nicht zuletzt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gestärkt und die Standortqualität verbessert.

Herr Moriße hielt die Lösung für nicht gerecht und erklärte, seine Fraktion werde den Beschlussvorschlag ablehnen. Seiner Meinung nach sollten Kita-Plätze nur für Kinder arbeitender Eltern zur Verfügung stehen. Damit entfalle auch das Problem der mangelnden Zahl an Betreuungsplätzen.

Herr Walpurgis verwahrte sich gegen die von Herrn Moriße geäußerten Ansichten.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 4 Gegenstimmen)

Die Verwaltung wird beauftragt, den Betrieb von zwei Standorten für Großtagespflegestellen auszuschreiben. Der Betrieb ist auf zunächst drei Jahre zu befristen.

8.7 Schulausschuss (Ratsfrau Weinstock)8.7.1 Antrag Gruppe CDU/WBV auf Fortführung der Förderschule im "Lernschwerpunkt Lernen" bis zum Ende des Schuljahres 2027/2028 **552/2018**

Herr Hellwig trug den Antrag der Gruppe CDU/WBV mit anschließender Begründung vor.

Frau Weinstock skizzierte den Vorlauf im Schulausschuss, wo über das Thema bereits sehr ausführlich diskutiert worden sei. Festgestellt worden sei dabei ein wesentlich höherer Bedarf für sozial und emotional gestörte Kinder, wohingegen ein Bedarf für Förderschulen mit dem Schwerpunkt Lernen nicht gegeben sei.

Herr Moriße signalisierte die Zustimmung zu diesem Antrag. Seine Fraktion vertrete die Auffassung, dass jeder die bestmögliche Förderung erhalten solle ohne den Zwang der Inklusion.

Frau Marxfeld zeigte sich ebenfalls erfreut über die Wiedereinführung. Dies entzerre die Situation.

Herr Dr. von Teichman erklärte, seine Fraktion werde den Antrag ablehnen. Bei der Fortführung des Bereichs „L“ handele es sich um den unproblematischsten Bereich und damit sehe er hier keinen Bedarf. Der Landesrechnungshof habe bereits den „Wildwuchs“ von Förderschulen neben der inklusiven Beschulung gerügt, da damit der Personalmangel unnötig verschärft werde. Ebenso dürften die weiter anfallenden Kosten, z. B. für Mieten oder naturwissenschaftliche Traktate, nicht außer Acht gelassen werden. Seiner Meinung nach stehe die Gruppe mit ihrem Antrag allein gegen Schulen, Eltern und Finanzfachleute auf Landes- und kommunaler Ebene. Der Antrag gehe in die falsche Richtung, er nutze keinem, schon gar nicht den betroffenen Kindern.

Herr Ehlers hielt dem entgegen, dass ein Bedarf an Förderschulen mit dem Schwerpunkt „L“ sehr wohl gegeben sei. Zudem sei mit einer Fortführung nicht gleichzeitig der Rückgang der Inklusion verbunden. Vielmehr sei der Schulträger bei Fortführung der Förderschule sogar verpflichtet, ein Konzept zur Verwirklichung der Inklusion an Regelschulen vorzulegen. Darüber hinaus werde auch der Personalschlüssel für die Schulen in der Stadt verbessert, da mit der Weiterführung der Förderschule „L“ ein höherer Bedarf an Förderschullehrern einhergehe.

Zudem gebe es durchaus gemischte Ansichten auch von Fachleuten über die bestmögliche Beschulung von Kindern mit dem Förderschwerpunkt „L“. Mit der Weiterführung der Förderschule „L“ werde den Betroffenen, also Kindern, Eltern und Lehrern, das größtmögliche Instrumentarium einer kindgerechten Beschulung an die Hand gegeben. Entscheidend bei der Frage nach der optimalen Schulform sei aber immer noch der Elternwille. Die Stadt müsse vor dem Hintergrund einer optimalen Schulversorgung dafür sorgen, das maximal Mögliche an Schulformen anzubieten. Nur so sei es möglich, jedem Kind die seinen Fähigkeiten entsprechende Bildung zukommen zu lassen.

An der folgenden weiteren Diskussion beteiligten sich **Frau Weinstock, Herr Möhle, Herr Dr. von Teichman, Herr Tönjes** und **Herr Jacques**. Der dabei von Herrn Tönjes gestellte **Antrag auf Vertagung** wurde bei 10 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung **mehrheitlich abgelehnt**.

Herr Hellwig erklärte abschließend, mit dem Antrag solle die von der Landesregierung eröffnete Möglichkeit ergriffen werden, lernschwache Schüler zu unterstützen. Auch die hier eingesetzten Haushaltsmittel halte er für gut investiert; das Argument der Geldverschwendung könne er nicht nachvollziehen. Die Stadt investiere damit in ihre Zukunft. Zudem zeige sich eine steigende Tendenz bei inklusionsbedürftigen Schülerinnen/Schülern, so dass das bestehende Problem eher nicht geringer, sondern vielmehr größer werde. Es bestehe hier dringender Handlungsbedarf. Mit einer positiven Bescheidung des Antrags sei man daher auf einem guten Weg. Er bitte eindringlich um Zustimmung, um der Verantwortung gegenüber den Kindern und der Zukunft der Stadt gerecht zu werden.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 10 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung)

Der Rat möge beschließen, die bestehende Förderschule im „Lernschwerpunkt Lernen“, an unserem Förderzentrum, bis zum Ende des Schuljahres 2027/28 weiterzuführen.

9 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Oberbürgermeister Wagner berichtete, in Hannover sei mittlerweile der Landeshaushalt beschlossen worden. Das bedeute im Hinblick auf die Mittel für die so genannten „QuiK-Kräfte“ in Kindertagesstätten, dass diese auch im neuen Jahr zur Verfügung gestellt würden.

Weiterhin informierte **Oberbürgermeister Wagner** über den handelsrechtlichen Jahresabschluss 2018 der Sparkasse Wilhelmshaven unter Berücksichtigung der aktuellen Entwicklungen NordLB: Insgesamt sei bei der NordLB ein Abwertungsbedarf in Höhe von rund 400 Mio. € notwendig, davon entfielen Stand heute ca. 4,9 Mio. € auf die Sparkasse Wilhelmshaven. Die aktualisierten Planzahlen der Sparkasse für das Jahr 2018 wiesen unter Berücksichtigung der genannten Belastung aus Verbandsbeteiligungen und nach Auflösung von Rücklagen ein vorläufiges Ergebnis in Höhe von 3,8 Mio. € aus. Dieser Betrag ermögliche einen Bilanzgewinn in etwa der gleichen Höhe wie im Vorjahr.

Zum Thema „Kapitän Meyer“ teilte **Oberbürgermeister Wagner** mit, dass das Schiff in der Zeit vom 15. bis 22.10.2018 in der „Neue Jadewerft“ lag. Dort sei das Unterwasserschiff für ca. 50 T€ ertüchtigt worden und habe den Schwimmfähigkeitsnachweis für die nächsten 5 Jahre erhalten. Inzwischen habe die Arbeitsgruppe „Kapitän Meyer“ die Frage diskutiert, ob auch die Möglichkeit bestehe, den oberen Teil des Schiffes soweit instand zu setzen, dass das Schiff als Teil der Feierlichkeiten zum Stadtgeburtstag genutzt werden kann. Dabei sei festgestellt worden, dass in der Grundierung der Farbe auf dem Aufbau Bleimennige enthalten sei, die eine aufwändige Behandlung erfordere. Damit sei eine Sanierung an der Kaje nicht möglich. Für den Werftaufenthalt würden die Kosten auf etwa 300 bis 500 T€ geschätzt. Aufgrund des Umfangs der Arbeiten sei ein Vorziehen des ersten Arbeitsschrittes, auch mit der ursprünglich geplanten Einwerbung von Spendengeldern, nicht zu realisieren. Damit sei eine Sanierung und zumindest teilweise Inbetriebnahme der „Kapitän Meyer“ zum

Stadtgeburtstag mit vorübergehendem Liegeplatz am Bontekai unmöglich geworden. Die AG habe nunmehr beschlossen, bis Ende März 2019 eine Projektskizze zu erstellen, die dann dem Rat vorgestellt werde. Dies erfolge voraussichtlich in der Mai-Sitzung. Über die Sommerzeit solle geprüft werden, welche Fördermittel von Land und Bund eingeworben werden können. Sobald dies feststehe, werde dem Rat im Herbst 2019 ein Beschluss zur Entscheidung über die zukünftige Nutzung der „Kapitän Meyer“ vorgelegt.

Weiterhin wolle er zum Neujahrskonvent der Stadt am 13.01.2019 um 11.30 Uhr in die Aula des Neuen Gymnasiums einladen, mit dem die Reihe der Feierlichkeiten zum Stadtjubiläum eröffnet würde. Als Festredner habe man den Vorstandsvorsitzenden der Sparkasse, Herrn Rolf Brandstrup, gewinnen können.

Abschließend berichtete **Oberbürgermeister Wagner** zum Stand hinsichtlich der Satzungsänderung des Klinikums. Die Satzungsänderung sei mit den ratsbeschlossenen Änderungen am 30.11.2018 ins Handelsregister eingetragen worden. Daraufhin habe er seinen Rücktritt aus Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung dem Geschäftsführer, dem Krankenhausdezenten und dem Aufsichtsrat mitgeteilt, so dass in der nächsten Sitzung die entsprechenden Ratsbeschlüsse zur Besetzung des Aufsichtsrates gefasst werden könnten.

10 Einwohnerfragestunde

10.1 Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde (§ 19 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates)

Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde lagen nicht vor.

10.2 Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung (§ 19 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates)

Herr Andrae, Mitglied des Vorstandes des Landvolks Wilhelmshaven, fragte zu **TOP 8.4.1**, in welcher Form und wann die Bürger beteiligt würden. Weiterhin bat er um Auskunft, um was es sich bei einer so genannten „Entwicklungszone“ handele. Bei Recherchen im Internet habe er erfahren, dass es sich dabei um eine Zone handele, die zu einer Kernzone bzw. Ruhezone entwickelt werden solle. Sofern dies zutrefte, stehe für die Landwirte zu befürchten, dass eine konventionelle landwirtschaftliche Nutzung der Flächen künftig nicht mehr möglich sei.

Herr Leinert erklärte, dass die Beteiligung der Bürger dann definiert werde, wenn ab Februar 2019 die Kommunen, die am Prozess teilnehmen wollen, die Arbeitsstrukturen und Handlungsfelder definiert haben. Ziel sei eine Zertifizierung durch die UNESCO, ein festgelegtes Verfahren gebe dazu es jedoch nicht. Der heutige Änderungsantrag der FDP-Fraktion sehe zudem eine Beteiligung der Bürger vor und dies werde selbstverständlich entsprechend umgesetzt.

Die Entwicklungszone bedeute für Wilhelmshaven aber keine Entwicklung einer Kernzone oder eines Naturschutzgebietes. Ein Bundesnaturschutzgebiet werde für die Stadt kein Ziel sein, so dass diese Vorschriften für die Stadt nicht zur Anwendung kommen. Auch hier seien die Details noch zu erarbeiten.

Herr Andrae zeigte sich irritiert hinsichtlich der scheinbar unterschiedlichen Definitionen. Wenn die Stadt als Biosphärenreservat anerkannt werden wolle, müssen die Kriterien der UNESCO erfüllt werden. Diese besagten wiederum, dass eine Entwicklungszone 50 % der Landfläche ausmachen müsse. Dies halte er für das Stadtgebiet für sehr ambitioniert, da ein Großteil der Flächen landwirtschaftlich genutzt würde. Er befürchte, dass die Landwirte dort künftig nur noch extensiv wirtschaften dürften. Um Tourismus und Wirtschaft könne es sich nach den vorgegebenen Kriterien nicht handeln.

Herr Leinert führte dazu aus, dass es hier sehr wohl um nachhaltigen Tourismus gehe. Darüber hinaus nehme die Stadt nur einen kleinen Teil des Biosphärenreservates ein, so dass die geforderten 50 % nicht allein im Stadtgebiet, sondern auf der gesamten Fläche vorzusehen seien. Ziel der Nationalparkverwaltung sei, dass das gesamte Gebiet Binnendeichs der Fläche des UNESCO Weltnaturerbes beitrete.

Oberbürgermeister Wagner erklärte, die Verwaltung sei sich der von Landwirtschaft und WHV vorgebrachten Bedenken durchaus bewusst und werde diese sehr ernst nehmen. Mit dem heutigen Beschluss solle zunächst eine Beteiligung der Stadt an den vorbereitenden Gesprächen und damit eine Mitwirkungsmöglichkeit eröffnet werden. Derzeit stehe der Prozess noch am Anfang und erst an dessen Schluss fälle der Rat die Entscheidung darüber, ob und wie die Beteiligung der Stadt weiter ausgestaltet werde.

Herr Andrae wiederholte, es bestünden seitens der Landwirtschaft erhebliche Bedenken gegenüber den Richtlinien von UNESCO und Nationalparkverwaltung, die eine weitere Überplanung landwirtschaftlicher Flächen zur Folge habe und durch die die Bewirtschaftung unnötig erschwert werde.

Nachdem keine weiteren Fragesteller anwesend waren, wurde die **Einwohnerfragestunde geschlossen**.

Herr Becker unterbrach die Sitzung für eine **Pause von 18.05 Uhr bis 18.20 Uhr**.

Nach Wiedereinstieg in die Tagesordnung erfolgte die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 18:25 Uhr

gez. _____

Becker
Ratsvorsitzender

gez. _____

Wagner
Oberbürgermeister

gez. _____

Rogel
Protokollführerin